

# Presseerklärung



Berlin, den 22. Februar 2018

## **„Rot-Rot-Grün baut zu wenig Schulen in zu langer Zeit!“ Junge CDU-Bezirksverordnete legen Positionspapier vor**

Der Berliner CDU-Kreis der jungen Bezirksverordneten reagiert mit einem Positionspapier auf die anhaltende Diskussion in der rot-rot-grünen Koalition, über den richtigen Weg beim Schulneubau. Die 24 jungen CDU-Bezirksverordneten fordern Nachbesserungen im 10-Punkte-Plan der Schulbauoffensive der Berliner Bezirke.

**Hierzu erklärt Simon Hertel, Sprecher des Berliner CDU-Kreises der jungen Bezirksverordneten:**

„Wir haben in einem gemeinsamen Positionspapier sechs Bereiche erfasst, bei welchen wir einen klaren Nachholbedarf sehen. Die sechs Bereiche umfassen die folgenden Thematiken: Einsetzung eines Senats-Gutachters zur einheitlichen Ermittlung des tatsächlichen Sanierungsbedarfs, realistischer Umgang mit Geldern und Zahlen, Erfassung von Freiflächen in den Bezirken, Personalgewinnung, Diskrepanz mit der HOWOGE und das lähmende Schulbaurecht.

Die Dauer für einen Schulneubau beträgt derzeit acht bis neun Jahre. Die Schulbauoffensive hat planerisch jetzt schon begonnen, doch gebaut wird noch gar nichts. Eine neue Dauerbaustelle Berlins wie der BER ist also bereits heute, im Jahr 2018, für die Zukunft vorprogrammiert. Daher müssen wir das Schulbaurecht endlich lockern, um die Dauer der Neubaumaßnahmen drastisch zu verringern. Eine Erleichterung im Bauplanungsrecht, wie bei Flüchtlingsunterkünften, könnte an dieser Stelle ein effizienter Lösungsweg sein.“

### **Ansprechpartner für Rückfragen:**

Simon Hertel, Sprecher des Kreises  
Mobil: 0177 176 2002  
Email: [bvv@simon-hertel.de](mailto:bvv@simon-hertel.de)

Christopher Förster, Stellv. Sprecher des Kreises  
Mobil: 0178 184 8016  
Email: [christopher.foerster@yahoo.de](mailto:christopher.foerster@yahoo.de)



**Positionspapier des  
„Berliner CDU-Kreises der jungen Bezirksverordneten“  
zum 10-Punkte-Plan der Schulbauoffensive**

Berlin, den 22. Februar 2018

Der **Berliner CDU-Kreis der jungen Bezirksverordneten** sieht in der **Gemeinsamen Erklärung der Berliner Bezirke für einen 10-Punkte-Plan zur Kooperation im Rahmen der Schulbauoffensive** in sechs Bereichen Nachholbedarf und schlägt hierzu folgende notwendige Lösungsansätze vor:

**I. Sanierungsbedarf durch Senats-Gutachter feststellen lassen**

Der im Jahr 2016 von allen Berliner Bezirken erfolgte Schulgebäude-Scan wurde nicht nach einheitlich festgelegten Kriterien durchgeführt. Vielmehr wurde der **Sanierungsbedarf** in den einzelnen Bezirken nach dem Prinzip „Pi mal Daumen“ ermittelt. Um die jährlich für die Schulsanierung zur Verfügung stehenden Mittel **gerecht** zu verteilen, ist ein erneuter Schulgebäude-Scan mit **einheitlichen Kriterien** notwendig. Dabei soll die 3-stufige Priorisierung ausgeweitet werden, um eine genauere Gewichtung des Bedarfs einschätzen zu können. Damit die einheitlichen Kriterien auch in allen Bezirken tatsächlich Anwendung finden, sollte der Senat den aktuellen Sanierungsbedarf einheitlich durch einen externen Senats-Gutachter feststellen lassen. Der dann einheitlich ermittelte Sanierungsbedarf ist Ausgangslage für eine ehrliche und transparente Kostenplanung. Weiterhin sollte die Bedarfsermittlung bei laufenden Baumaßnahmen stets aktualisiert werden, um die **tatsächlich entstandenen Kosten** widerspiegeln zu können. Die Notwendigkeit dieser sehr genauen Bedarfsermittlung resultiert aus der eng bemessenen Summe von 5,5 Milliarden Euro, die über 10 Jahre in Berlin verbaut werden sollen.

**II. Realistischer Umgang mit Geldern und Zahlen**

Zwar hört sich die Summe von **5,5 Milliarden Euro** für die Schulbauoffensive zunächst sehr hoch an, doch bei genauerem Hinsehen erweist sich der Investitionsbedarf gegenüber der beabsichtigten Investitionssumme als viel höher. So wurde in allen Berliner Bezirken ein umfassender **Sanierungsbedarf** in Höhe von **3,9 Milliarden Euro** festgestellt. Dem gegenübergestellt verbleiben somit nur noch **1,6 Milliarden Euro** für den **eigentlichen Schulneubau**. Der 10-Punkte-Plan greift eine Schulbauoffensive auf, inkludiert allerdings auch die Schulsanierung, welche in der gemeinsamen Erklärung nur am Rande erwähnt wird. Ein weiterer Punkt wird ebenfalls nicht erwähnt. In den zehn Jahren der Schulbauoffensive **zerfallen die nicht sanierten Schulen weiterhin**, was die geplante Summe schon von vornerein nach oben treiben wird. Bei anvisierten 70.000 neuen Schulplätzen bis 2027 und dem Wissen, dass Neubauten stets sehr kostspielig

sind, zeigt sich die Investitionssumme bereits bei der Planung als **viel zu gering eingeschätzt**. Auch das Ziel der Errichtung von **40 neuen Schulen** bei den bereits erwähnten **70.000 neuen Schulplätzen** offenbart eine geplante Kapazität von durchschnittlich **1.750 Schülerinnen und Schüler pro Schule**. Hieraus kann man schließen, dass entweder Riesenschulen geplant werden oder der Fokus auf modulare Ergänzungsbauten gesetzt wird. In beiden Fällen sind große Freiflächen zwingend notwendig. Die **Kosten** für diese erforderlichen **Flächen** sind in dem 10-Punkte-Plan an keiner Stelle miteinberechnet.

Um diese erheblichen Kosten zu senken, müssen auch die **Baustandards** (z.B. Klassenraumgrößen) überdacht werden. Die reduzierten Standards sollten dann in ein einheitliches Musterraumprogramm einfließen.

### III. Freiflächen in den Bezirken erfassen

Schulsanierung bedeutet nicht nur, kaputte Toiletten oder Fenster zu reparieren, sondern die Schulgebäude von Grund auf zu renovieren, zukunftsfähig und für aktuelle und zukünftige pädagogische Konzepte nutzbar zu machen. In vielen Fällen bedeutet dies für die Schulen, dass die Schulklassen in modulare **Ersatzbauten** ausweichen müssen. In der Planung müssen somit dringend **Ausweichflächen** ermittelt werden, um die Störung des Schulablaufs so gering wie möglich zu halten. Eine vorausschauende Planung diesbezüglich bringt den einzelnen Schulen ebenfalls die Möglichkeit, langfristig umzudisponieren.

**Schulneubau** erfordert ebenfalls große Freiflächen. In Zeiten von Wohnungsknappheit werden **freie Flächen** in Berlin zur Rarität. Die Berliner Bezirke sind angehalten, neben Freiflächen für Wohnungen und Gewerbe auch Freiflächen für die Schulen im Vorfeld zu ermitteln. Eine zügige **Potentialanalyse** ist zwingend notwendig! Eine enge Zusammenarbeit mit der BIM (Berliner Immobilienmanagement) und auch der BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) ist an dieser Stelle essentiell.

### IV. Mehr Personal

Eine fundierte Bedarfsermittlung und Planung, freie Flächen sowie ausreichende Finanzmittel werden nebensächlich, wenn die Bezirke **nicht das Personal haben**, um zu sanieren oder zu bauen. Zwar begrüßen wir die im 10-Punkte-Plan angestrebten Ideen für die Personalgewinnung und die Nachwuchsförderung. Allerdings hilft in einem aktuell hart umkämpften Markt nur ein finanzieller Anreiz. Die Bezirke müssen **konkurrenzfähig** bleiben und die Entgeltordnung neu überdenken. Dabei sollen beispielweise die Eingruppierung in **höhere Erfahrungsstufen** oder zumindest die Auszahlung der Differenz der tatsächlichen Erfahrungsstufe zu einer höheren als **Zulage** in Betracht gezogen werden. Insbesondere die höher dotierten Stellen im Hochbau und Facility-Management (z.B. Bauleiter) müssen dringend **finanziell attraktiver** werden.

Neben einer besseren Bezahlung sollte auf Landesebene auch die Anerkennung von **ausländischen Abschlüssen** erwogen werden. Begleitende Schulungen könnten fehlendes Wissen über das hochkomplexe Baurecht vermitteln und eine erfolgreiche Qualifikation durch Abschlussprüfungen sichern. Dies ist ebenso eine Möglichkeit für den Staat, gegenüber der freien Wirtschaft bei der **Personalgewinnung** konkurrenzfähig zu bleiben und dem **Fachkräftemangel** entgegenzuwirken. Der Meistertitel soll an dieser Stelle jedoch keinesfalls entwertet werden!

## V. Transparente Kooperation mit der HOWOGE

Die Tochtergesellschaft HOWOGE soll bei Baumaßnahmen über 10 Millionen Euro eigenständig die Projekte leiten. Hier darf es auf keinen Fall dazu kommen, dass **die Bezirke außen vor gelassen** werden. Vielmehr muss eine Kooperation zwischen den Landesunternehmen und den Bezirken stattfinden, um die Erfahrungen und Expertisen gegenseitig zu ergänzen. An dieser Stelle ist die städtebauliche Sicht, aber auch eine Schulsicht gefragt. Daher dürfen die **Bezirke** hier **keinen Kontrollverlust** erleiden.

Zudem müssen auch rechtliche Aspekte noch eruiert werden. Da die Tochtergesellschaft **HOWOGE** kein hundertprozentiges Landesunternehmen ist, muss die **Eigentumsfrage** im Falle einer **Insolvenz** geklärt werden. Die vollständige **Rückgabe der Schulen und der Flächen** an die Bezirke nach Fertigstellung muss rechtlich einwandfrei festgeschrieben werden. Jegliche Kreditaufnahmen müssen haushälterisch transparent durchgeführt werden, um einen möglichen **Schattenhaushalt** zu vermeiden. Die Gewährleistungspflichten bei Spätfolgen müssen dringend geklärt werden. Nachträgliche Kosten (z.B. durch Pfusch am Bau) dürfen nicht zu Lasten der Bezirke gehen.

Zu viele Fragen bleiben bei einer Kooperation mit der HOWOGE offen. Der 10-Punkte-Plan greift diese Thematik nur an einer Stelle auf. Auf Grundlage mangelhafter Transparenz sind wir zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Zusammenarbeit mit der HOWOGE!

## VI. Schulbaurecht lockern

Derzeit dauern die Planung und der **Bau einer Schule** in Berlin durchschnittlich **acht bis neun Jahre**. Die **Schulbauoffensive** umfasst von 2017 bis 2027 einen Zeitraum von **10 Jahren**. Folglich müsste die Planung der Schulneubauten **jetzt sofort beginnen** – was jedoch nicht der Fall ist. Die Einhaltung der zeitlichen Planung der Schulbauoffensive ist somit jetzt schon gefährdet. Demgegenüber stehen weiterhin die 70.000 neuen Schulplätze, die unabdingbar sind. Daher muss die derzeitige **Dauer** der Errichtung der Schulen dringend **verkürzt** werden. Ein Lösungsansatz wäre die Entschlackung der rechtlichen Bauverfahrensweise. Aus diesem Grund müssen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Schulneubau erleichtert werden! Dass dieser Lösungsweg praktikabel durchführbar ist, zeigt auch die damals erfolgte **Erleichterung im bundesgesetzlichen Bauplanungsrecht für Flüchtlingsunterkünfte**.

In diesem Zusammenhang sollten baurechtliche Fragen wie z.B. ob der Denkmalschutz immer Vorrang haben muss, intensiv geprüft werden.

Dementsprechend sollte auch der Punkt 10 "Die Schulgemeinschaften der Berliner Schulen werden an der Schulbauoffensive beteiligt" im 10-Punkte-Plan geändert werden. Eine **Beteiligung der Schulgemeinschaft am Bau** von neuen Schulen ist **nicht an jeder Stelle zielführend**. Hingegen sollte die Partizipation weiter in den Bereichen liegen, wo die Schulgemeinschaft im Laufe des Schuljahres Projekte entwickeln kann, z.B. bei der Gestaltung des Schulhofes. Die Einführung des Landesbeirats Schulbau sollte als Gremium der Partizipation der Schulgemeinschaft ausreichen. Weitere Beiräte, Gremien oder Arbeitskreise werden sich nur zu strukturellen Bremsen entwickeln. Dem gegenüber muss das Bautempo durch Entschlackung drastisch erhöht werden! Eine zweckdienliche Partizipation des Landesbeirats würde eher bei bezirksübergreifenden Planungen, wie z.B. bei der Entwicklung der Musterraumplanung, einen größeren Mehrwert bringen.

Mit dem hiermit vorgelegten Positionspapier des Berliner CDU-Kreises der jungen Bezirksverordneten sollte nunmehr ein effizienter und realistischer Weg geebnet sein, den Sanierungsstau in Berlin abzubauen und genügend Schulplätze für die nahe Zukunft zu schaffen.

Dem Berliner CDU-Kreis der jungen Bezirksverordneten gehören an:

aus Charlottenburg-Wilmersdorf Serdar Bulat, Christoph Brzezinski, Simon Hertel und Kristina Wagner  
aus Lichtenberg Benjamin Hudler und Frank Teichert,  
aus Mitte Benjamin Fritz und Jenna Behrends,  
aus Neukölln Christopher Förster und Karsten Schulze,  
aus Pankow Denise Bittner,  
aus Reinickendorf Björn Wohler und Felix Schönebeck,  
aus Spandau Thorsten Schatz, Daniel Scheytt und Patrick Wolf,  
aus Tempelhof-Schöneberg Daniel Dittmar und Patrick Liesener,  
aus Treptow-Köpenick Dustin Hoffmann, Martin Hinz und Sascha Lawrenz,  
aus Wuhletal Robert Kovalev und Tobias Glowatz,  
aus Steglitz-Zehlendorf Tom Cywinski.